Arbeitsmöglichkeit für Millionen schafft der sozialistische Aufbau

Ein Beschluß des ZK. der KPdSU. zur planmäßigen Versorgung der Volkswirtschaft mit Arbeitskräften

Moskau, 24. Oktober. In dem Beschluß des ZK. der KPdSU. über Maßnahmen für die planmäßige Versorgung der Volkswirtschaft mit Arbeitskräften heißt es u. a.:

„Der enorme Erfolg der sozialistischen Industrialisierung des Landes und das rasche Tempo des Aufbaus der Kollektivwirtschaften und der Staatsgüter haben zur völligen Liquidierung der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion geführt und weitere hunderttausende Arbeiter nötig gemacht. Der Mangel an Arbeitskräften in der Industrie und auf anderen Wirtschaftsgebieten ist bereits in diesem Jahre zu einer „schwachen Stelle" geworden, die die Durchführung eines raschen Tempos des sozialistischen Aufbaus behindert. Die Lösung dieser Frage ist die wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe, die in ihrer ganzen Schärfe in erster Linie vor den Organen des Arbeitskommissariats steht.

Der Apparat des Arbeitskommissariats und seine örtlichen Organe haben es nicht verstanden, ihre Arbeit gemäß den ihnen gestellten Aufgaben der Rekonstruktionsperiode auszugestalten. Sie haben in ihrer Arbeit eine unzulässige Passivität an den Tag gelegt, und einzelne Leiter mancher Organe haben die bestehenden Mängel des Apparats hinsichtlich der Lösung der Hauptprobleme der Heranbildung der Arbeitskräfte vertuscht.

Das ZK. der KPdSU. betrachtet diese Tatsachen als eine Aeußerung des Rechtsopportunismus in der Praxis in der ehemaligen Leitung des Arbeitskommissariats. Der Beschluß stellt fest:

Im Jahre 1931 werden die wichtigsten Industriezweige 1 300 000 neue Arbeiter erfordern. Dieser Bedarf soll durch Heranbildung neuer Kader in Gewerbeschulen sowie durch die Fortbildung der bestehenden Kader gedeckt werden. Angesichts des akuten Mangels von Arbeitskräften in allen Zweigen der Volkswirtschaft wird das Arbeitskommissariat angewiesen, neben jenen Kategorien von Werktätigen, die auch bisher das Recht auf Registrierung genossen, in den Arbeitsnachweisen auch folgende Kategorien zu registrieren: Familienangehörige von Arbeitern und Angestellten, die nicht Gewerkschaftsmitglieder sind. Söhne und Töchter von Arbeitern und Angestellten, auch wenn sie keine Fachausbildung erhalten haben und noch nie zuvor Lohnarbeit verrichteten, Arbeiter- und Angestelltenfrauen und -witwen, die nicht Gewerkschaftsmitglieder sind und keine fachliche Ausbildung genossen haben, Mitglieder von Heimgewerbegenossenschaften, die früher Lohnarbeit verrichteten, und Söhne und Töchter von Heimgewerbetreibenden, Landarbeiter, die nicht Gewerkschaftsmitglieder sind, arme Bauern und Kollektivwirtschaftsmitglieder. Im Falle der Weigerung, die zugewiesene Arbeit anzunehmen, werden die Registrierten sofort aus den Listen der Arbeitsnachweise gestrichen. Die Arbeitsnachweise werden zu Organen der Heranbildung und planmäßigen Verteilung der Arbeitskräfte ausgestaltet.

Zwecks Versorgung der wichtigsten Volkswirtschaftszweige mit qualifizierten Arbeitskräften wird dem Arbeitskommissariat der Sowjetunion und den Arbeitskommissariaten der Bundesrepubliken das Recht gewährt, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften auf Anforderung von Wirtschaftsorganen qualifizierte Arbeitskräfte und Spezialisten aus minder wichtigen Wirtschaftszweigen in verantwortungsvollere (Kohlen-, Eisenhüttenindustrie, Transportwesen, Großbauten) und aus einem Bezirk in einen andern zu entsenden. Dem Obersten Volkswirtschaftsrat, dem Arbeitskommissariat und dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion wird es zur Pflicht gemacht, systematisch die berufliche Eignung der Arbeiter zu revidieren zwecks ihrer Beförderung zu höherer Qualifikation, wobei ihre Fortbildung durch eigens zu organisierende Kurse vorzunehmen ist.

Der Beschluß verweist ferner darauf, daß Arbeiter und technisches Personal, die sich in ihrer Arbeit besonders bewährt haben (Teilnehmer von Stoßbrigaden und des sozialistischen Wettbewerbes) und beste Arbeitsleistungen aufweisen, sowie jene, die lange Zeit hindurch im gleichen Betriebe arbeiten und wertvolle Vorschläge und Erfindungen machen, angespornt werden sollen durch dringliche Zuweisung von Wohnungen, durch Entsendung nach technischen und anderen Hochschulen, Erholungsheimen und Badeorten, durch Auslandsreisen zwecks Studiums der Technik und Betriebsorganisation und durch ungesäumte Versorgung mit verschiedenen Artikeln usw. Den Familienangehörigen von Stoßarbeitern wird bei der Einstellung in die betreffenden Industriebetriebe wie auch bei der Aufnahme in Kurse, Betriebsschulen, technische und andere Hochschulen der Vorzug gegeben. Arbeitern, die vom 1. November 1930 an zwei Jahre hindurch in Hütten, in der Metall-, chemischen oder Baustoffindustrie und auf Großbauten tätig sind, wird außer dem gesetzmäßig festgelegten Urlaub noch ein dreitägiger Zusatzurlaub oder eine entsprechende Entschädigung gewährt. Das gleiche gilt auch für Textil- und Transportarbeiter.

Hungermarsch der Arbeitslosen in Oesterreich

Ein starkes Bekenntnis für die Wahlparolen der Kommunistischen Partei

Wien, 24. Oktober. (Inprekorr.) Gestern fand in Wien sowie in allen anderen Industriestädten Oesterreichs der Hungermarsch der Arbeitslosen statt.

In Wien sammelten sich die Arbeitslosen der verschiedenen Vermittlungsstellen an drei Plätzen. Von da aus begaben sie sich in drei Zügen zum Schwarzenbergplatz, wo sich der gemeinsame Zug der Arbeitslosen formierte. Die Demonstration bewegte sich über den Ring zum Freiheitsplatz. Durch zahlreiche Transparente und Fahnen demonstrierten die Arbeitslosen gegen den drohenden Raub der Unterstützung, für den Siebenstundentag und für die Einführung der Fünftagewoche. Am Freiheitsplatz sprachen Vertreter des Zentralarbeitslosenkomitees und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Vertreter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei begrüßten die machtvolle Kampfkundgebung der Arbeitslosen und erklärten, daß die Kommunistische Partei sich voll und ganz hinter die Forderungen der Arbeitslosen stelle und ihren Wahlkampf unter der Parole: für Brot und Arbeit führt. Ein Redner des Zentralarbeitslosenkomitees nahm die Erklärung zur Kenntnis und forderte die Arbeitslosen auf, geschlossen für die Kommunistische Partei zu kämpfen.

Am Abend fanden zehn Arbeitslosenversammlungen in allen Wiener Proletarierbezirken statt. Die Internationale Arbeiterhilfe hat **Mittagsspeiseanstalten** für die aus den an Wien angrenzenden Industrieorten gekommenen Arbeitslosen organisiert.

Aus der Provinz liegen gegenwärtig folgende Meldungen vor: Die Kundgebung in Klagenfurt wurde von ungefähr 3000 Arbeitslosen besucht. Es kam zu stürmischen Demonstrationen auf dem Hauptplatz für die Forderungen der Arbeitslosen. In Pottendorf in Niederösterreich nahmen an der Kundgebung 500 Arbeitslose teil. Die Gendarmerie hatte ein großes Aufgebot zusammengezogen, um die Arbeitslosen zu terrorisieren. In Wiener-Neustadt waren über 1000 Arbeitslose zusammengekommen. Die Arbeitslosen von Sollenau marschierten bis Wiener-Neustadt und demonstrierten dabei in allen Ortschaften, die sie durchzogen, für die Forderungen der Arbeitslosen. In Stockerau sammelten sich über 300 Demonstranten. Die Kundgebung zeigte auf, daß die revolutionären Parolen des Zentralarbeitslosenkomitees auch unter den Arbeitslosen von Stockerau Fuß gefaßt hat. In Graz demonstrierten 2000 Arbeitslose für die Forderungen des Arbeitslosenkomitees.

Starhemberg verhaftet kommunistische Kandidaten

Wien, 24. Oktober. Aus Klagenfurt wird gemeldet: Der Listenführer der Kommunistischen Partei für Kärnten, Genosse Katzianka, wurde wegen eines Flugblattes, das in slowenischer Sprache in Kärnten verbreitet wurde, verhaftet. In diesem Flugblatt wurden die slowenischen Arbeiter und Bauern aufgefordert, mit den deutschen Werktätigen Kärntens gegen die faschistische Regierung Vaugoin-Starhemberg zu kämpfen. Die Staatsanwaltschaft erblickte im Inhalt dieses Flugblattes das Verbrechen des Hochverrats. Genosse Katzianka hat sich zum Inhalt des Flugblattes bekannt.

Zum vierten Male ein Fiasko

Das Ende der Bukarester Agrarkonferenz

Bukarest, 24. Oktober. Die Bukarester Agrarkonferenz, an der Delegierte und Sachverständige Polens, Rumäniens, Bulgariens, Ungarns, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei, Estlands und Lettlands teilgenommen haben, wurde gestern mit einer inhaltsleeren Entschließung beendet. In dieser Entschließung wird den beteiligten Regierungen „empfohlen", das von der Konferenz ausgearbeitete Statut für einen „Ständigen wirtschaftlichen Studienausschuß" anzunehmen und die vorbereitenden Maßnahmen für eine engere Zusammenarbeit der süd- und osteuropäischen Agrarländer fortzusetzen.

Mit diesem kläglichen Ergebnis endete die vierte der osteuropäischen Agrarkonferenzen, die in dem kurzen Zeitraum von drei Monaten zusammenberufen wurden. Ueber die ökonomischen und politischen Hintergründe dieser Konferenzen schreibt die Moskauer „Prawda":

„Die Verschärfung des Kampfes um den mitteleuropäischen Markt der landwirtschaftlichen Produkte hat diese Länder veranlaßt, eine einheitliche Linie auf den Märkten der wichtigsten Getreidekonsumenten anzustreben. Die Hetze gegen das angebliche „Sowjetdumping" fällt zeitlich mit den Machenschaften der Imperialisten und ihrer Vasallen zusammen. Das ist kein Zufall. An den Agrarkonferenzen nehmen in erster Linie gerade jene Staaten teil, die nach den Plänen der Großmächte — in erster Linie Frankreichs — Glieder der Kette der sowjetfeindlichen Offensive an unseren Westgrenzen werden sollen.

Die Teilnehmer der Agrarkonferenz möchten einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise — insbesondere der Agrarkrise — auf dem Wege einer **neuen Intervention gegen die Sowjetunion** finden. Es ist daher durchaus begreiflich, daß auf den Agrarkonferenzen die Verhandlungen betreffs des Getreidehandels allmählich Verhandlungen über den sowjetfeindlichen Kurs Platz machten. Der französische Imperialismus betreibt eine wütende Hetze gegen das „Sowjetdumping" und stützt sich dabei auf die Krise in den baltischen und Balkanländern.

Der Kampf der Bauernmassen gegen das Joch des polnischen Faschismus in der **Westukraine**, die Aufstandsbewegungen in **Rumänien** und **Bessarabien**, die Aktionen der revolutionären Arbeiter in **Budapest** und die sich stetig verschärfenden wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, die wachsende Revolutionierung der französischen Arbeitermassen — all das beweist, daß die Pläne des französischen Imperialismus scheitern werden."

Gute Konjunktur für Versicherungsagenten

Neuyork, 24. Oktober. Den Schrecken, den die letzten machtvollen Arbeitslosenkundgebungen unter Führung der KP. Amerikas bei der Dollarbourgeoisie erzeugt haben, nutzen die Versicherungsfirmen aus. Zahlreiche Firmen, die aus Angst vor Unruhen im kommenden Hungerwinter ihre kostbaren Läger versichern lassen wollen, müssen etwa den dreifachen Betrag als im vergangenen Jahre zahlen.

Kurze Auslandsnachrichten

Tschangkaischek, der Henker der chinesischen Revolution, ist zum Christentum, und zwar zur Methodistengemeinde übergetreten, um sich bei seinen imperialistischen Herren beliebt zu machen.

Der Vizepräsident von Argentinien, Santa Marina, ist von seinem Posten zurückgetreten.

(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

23. Fortsetzung.

„Geh ab, Christian, du verfluchter Schrapper, sonst kriegste wat mit dem Hackenstiel!" drohte Rentel einem Hauer, der sich an ihm vorbeidrücken wollte, und warf ihn unter die andern zurück. Der so Abgefertigte fing an zu schimpfen. „Du gibst uns doch nichts zu fressen, du Blödmann!"

„Ihr habt bis heute Kohldampf geschoben, so könnt ihr's auch noch ein paar Tage, Kumpels!" Die Berleute kamen nicht durch. Alle versuchten Durchbrüche prallten ab an Rentels Bockbeinigkeit. Die sechs Streikposten, lauter kräftige, junge Kerle, standen wie ein Prellbock vor dem Tor und gaben nicht locker.

„Der Rentel, der verfluchte Hund! Der macht nun die Revolution auf eigene Faust, dat gibt erst was, wenn die wat zu sagen haben!"

Rentel grinste zu dem Schimpfen. Er biß gemächlich ein Stück Priem ab, kaute es ein paarmal durch und spuckte einen Fladen Priemsaft zur Seite. „Geht nur nach Hause, Kameraden!" sagte er. „Ich glaube, es wäre euch nicht recht, wenn nach der Seilfahrt einige Steinwagen in den Schacht nachfliegen! Es ist zu gefährlich, Kumpels!"

Die Gesichter der Kumpels wurden unsicher. Die Wartenden fingen an zu beraten. „Der Hund bringt es fertig und schiebt noch Steinwagen rein!" „Dat is dem Rentel zuzutrauen!"

„Gottverdammich! Rentel, du Biest, aufhängen soll man dich! Wenn wir nichts zu fressen haben, dann wirste du Bürgermeister!"

„Geht nach Hause, vorläufig wird noch keine Schippe angepackt. Den Mahler und den Kreusat haben sie heute nacht eingesperrt! Bis die raus sind, sonst keine Panne voll Kohle aus dem Pütt!"

Ein Beamter kam aus dem Verwaltungsgebäude heraus. „Warum lassen Sie die Leute nicht durch?" Der Beamte war empört. Rentel kaute an seinem Priem und sah den Fahrsteiger unter gekniffenen Augenlidern an. Die klobige Faust spielte mit dem Hackenstiel. „Geh', halt die Fresse! Pump deine Kohle selber, es wird weiter gestreikt!"

Der Fahrsteiger brummte was zwischen den Zähnen und verschwand in der Markenbude.

Den Kumpels wurde das Warten leid und sie machten sich auf den Heimweg. Auch August Bramm hatte sich einem Trupp angeschlossen. Vor der Kaserne 85 standen sie nun und unterhielten sich, denn unterwegs erfuhren sie auch von dem Vormarsch der Dortmunder Arbeiter und der Entwaffnung der Polizei. — — —

„Kinder, Kinder!" sagte Bramm bedenklich, „ein Kampf ohne gewerkschaftliche Grundlage ist wild und sinnlos! So was tun, geht gegen das, was wir wollen! Eine Putschpolitik jetzt anzufangen, wo Kapp-Lüttwitz unterlegen sind, hindert nur unsere Regierung, wieder Ruhe und Ordnung zu schaffen!" Er zupfte verzweifelt an seinen Schnurrbartenden. Seine Bedenken fanden jedoch wenig Widerhall. Die Nachricht aus Dortmund beschäftigte fast alle, und bei vielen, die noch vor einer Stunde bereit waren, anzufahren, flammte der Haß gegen die Gewaltaten der Ordnungsorgane auf. Wie Feuer ergriff es sie.

„Gut so, es wird Zeit, daß wir einmal Ordnung machen! Wenn wir schon schuften sollen, dann aber ohne Polizeiaufsicht und Belagerungszustand. Die Regierung scheint nicht zu wissen, wie es um uns hier im Pütt bestellt ist."

August Bramm schüttelte in schweren Gedanken den Kopf. Er war mit sich noch nicht im reinen. Selbstverständlich war auch er mit dem Vorgehen der Grünen gegen die Arbeiter in der Stadt nicht einverstanden. Er schob die Schuld aber nicht den vorgesetzten Behörden zu, sondern glaubte, daß es der Uebereifer einzelner Heißsporne wäre. Ein Aelterer trat auf ihn zu und unterbrach sein Grübeln: „Nu, laß man, August! Ich bin auch nicht mit allem zufrieden, wat die Spartakisten tun, aber wat die Grünen tun, dat geht op keene Kuhhaut, verstehste! Lot se erst zum Deuwel sin, dann gohn wir ok wieder in den Pütt!"

Bramm sah ihn bedrückt an: „Wenn's noch ein organisierter Kampf wäre, aber so, wie es gemacht wird, ist es verkehrt!"

Die Kumpels verstreuten sich. Da kam Fritz Raup an. Der glühte vor Aufregung: „Na, August, wat machste du für 'ne Fresse? Laß die Bonzen nur, du bist [illegible]let! Besorg' dir nur was für die Faust, die Dortmunder werden wohl bald hier sein!"

„Fritz, warum dies Abmurksen?" sagte Bramm. „Es ist entsetzlich! Warum wird der Mensch zur Bestie gemacht? Haben wir nicht durch den Krieg genug geblutet und gelitten? Warum macht ihr das heute? Es wird wieder Arbeiterleben kosten!"

Fritz Raup blieb stehen. „Glaubst du, daß Recht und Frieden, daß das Leben unserer Kinder unter den Bajonetten der Besitzenden gedeihen können?"

Bramm nickte schwerfällig. „Die Regierung war zu nachsichtig!"

„Die Regierung hat das arbeiterschädliche Wurmzeug geduldet und großgezüchtet! Nur gegen die Kappisten waren sie nachsichtig, August! Gegen uns weniger," sagte Raup. „Als wir vergangenes Jahr wegen der Sechsstundenschicht streikten, da hat sie uns die Reichswehr hergeschickt. Mit Handgranaten wurde Ordnung gemacht, hier im Ruhrgebiet, überall unter den Arbeitern, weil sie ihr Recht forderten! Nein, August, da war sie nicht nachsichtig. Warum hat sie nicht gegen die Kappisten gehandelt? Nicht einen Schuß! Kein Versuch, denen die Zähne zu zeigen! Sie trat aber an uns heran und forderte den Generalstreik! Wir haben es getan! Was macht sie jetzt? Sie läßt durch die Grünen, die mit Kapp-Lüttwitz geliebäugelt haben, die Ordnung herstellen! Du solltest gestern in der Stadt mitgewesen sein, wie sie dreinschlugen, wie sie rinknallten, wie wir gekrochen sind, um nicht im Feuer zu verrecken! Das nennt man dann Ruhe und Ordnung!"

Sie trennten sich. August Bramm hatte wie vordem rebellierende Gedanken. Es war für ihn hart, sich mit den Tatsachen abzufinden. Ein Mensch, wie er, der jedes Blutvergießen haßte. Und doch, Raup hatte recht. „Wenn man vom Sozialismus spricht, dann läßt man keine Arbeiter niederschießen." — — —

Im Laufe des Vormittags kam Trauten zu ihm. Der war sehr aufgeregt.

(Fortsetzung folgt.)

[illegible] genommen sein.